

Erklärung

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

KDFB e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Kaesenstraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
bundesverband@frauenbund.de
www.frauenbund.de

Die Bundesdelegiertenversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (KDFB) hat sich am 10./11. Oktober 2009 in Bonn mit dem Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ befasst. Als katholischer Frauenverband, zu dessen Zielen es gehört, „am Aufbau einer Gesellschaft und Kirche mitzuwirken, in der Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenleben“, nehmen wir das Spektrum weiblicher Biografien in den Blick und setzen uns für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ein.

I. Bestandsaufnahme

Bis 2030 wird die Zahl der Pflegebedürftigen voraussichtlich von derzeit 2,2 Millionen auf 3,4 Millionen steigen. Dieser Trend geht mit einer niedrigen Geburtenrate, steigender Frauenerwerbstätigkeit und einer zunehmenden Zahl von Single-Haushalten einher. Im Umfeld der Pflegebedürftigen werden Angehörige fehlen, die eine häusliche Pflege übernehmen können. Der Bedarf an professionellen ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeleistungen ist in den letzten Jahren gestiegen und wird weiter steigen.

In der stationären und ambulanten Pflege fehlt es schon jetzt an personellen und finanziellen Ressourcen, was oft zu Überforderung und Überlastung des Personals und zu Qualitätseinbußen für die zu Pflegenden führt. Ambulante und häusliche Pflege durch weibliche Arbeitskräfte aus Osteuropa erfolgt häufig in einer sozialversicherungsrechtlichen Grauzone und dies wirft neue soziale Fragen auf.

In der häuslichen Pflege ist die Pflegesituation für *alle* Beteiligten eine große Herausforderung, die das familiäre und soziale Leben beeinträchtigt. Gefühle von Liebe und Dankbarkeit, aber auch Erschöpfung und Ohnmacht bestimmen den Pflegealltag und führen Pflegende an ihre Grenzen.

Frauen sind in besonderer Weise von der Pflegeproblematik betroffen – als pflegende Angehörige und als schlecht bezahlte professionelle Pflegekräfte. Außerdem stellen sie aufgrund der höheren Lebenserwartung den größten Teil der zu Pflegenden. Angesichts geschlechtsspezifischer Erfahrungen und Prägungen sind Frauen in Pflegesituationen oft übersteigerten Erwartungen und Überforderung ausgesetzt.

II. Forderungen

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und zur Unterstützung der in der Pflege Tätigen sind Staat, Kirche, Gesellschaft und Wirtschaft gefordert.

Unterstützung pflegender Angehöriger

Anders als bei der Kindererziehung ist Pflege schwer planbar, da sie oft unerwartet notwendig wird und nicht absehbar ist, wie umfangreich sie sein und wie lange sie dauern wird. Frauen, die Angehörige pflegen, schränken für die Pflegetätigkeit häufig ihre Erwerbstätigkeit ein oder geben sie ganz auf. Das wirkt sich nicht nur auf das Familieneinkommen, sondern auch auf ihre Alterssicherung aus.

Es war eine richtige Weichenstellung, bei der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung denjenigen, die die häusliche Pflege von Angehörigen leisten, ein ambulantes Pflegegeld sowie Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge aus der Pflegeversicherung zu zahlen und Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung zu gewähren. Auch die ArbeitnehmerInnen, die die maximal sechsmonatige Pflegezeit in Anspruch nehmen, sind für diese Zeit sozialversicherungsrechtlich abgesichert.

Für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige müssen die Rahmenbedingungen jedoch weiter verbessert werden.

Der KDFB fordert daher:

- ▶ die Bezahlung der kurzfristigen 10-tägigen Freistellung von der Arbeit für Pflege analog der Regelung bei Erkrankung von Kindern;
- ▶ die Einführung eines Pflegegeldes als Lohnersatzleistung für die maximal sechsmonatige Pflegezeit;

- ▶ eine flexiblere Ausgestaltung der maximal sechsmonatigen Pflegezeit, das heißt, die Pflegezeit kann abschnittsweise und/oder alternierend mit anderen Familienangehörigen in Anspruch genommen werden;
- ▶ die Einführung einer Pflegezeit auch für MitarbeiterInnen in Kleinbetrieben; bisher ist die Freistellung für bis zu sechs Monate nur für Betriebe mit mehr als 15 Angestellten möglich; für Kleinbetriebe sind Instrumente zu entwickeln, die die Belastungen durch die Pflegezeit abfedern;
- ▶ die flexible Ausgestaltung der Übergänge zwischen ambulanten und stationären Versorgungsformen;
- ▶ die Sicherstellung von Beratung, Schulung und psychosozialer Begleitung von pflegenden Angehörigen.

Unterstützung der in der Pflege Beschäftigten

Um die pflegenden Angehörigen in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu ermöglichen, brauchen diese gut ausgebildete Pflegefachkräfte an ihrer Seite.

Alten- und KrankenpflegerInnen gehören nach dem am 8. September 2009 vorgestellten Ranking „Top Ten“ der Bundesagentur für Arbeit bereits heute zu den meist gesuchten ArbeitnehmerInnen in Deutschland. Für die nächsten zehn Jahre wird ein Bedarf an 220.000 zusätzlichen Altenpflegekräften erwartet. Gleichzeitig hat die in den kommenden Jahren stark zurückgehende Zahl der AbsolventInnen der allgemeinbildenden Schulen zur Folge, dass auch für die Pflegeberufe AusbildungsbeerberInnen fehlen werden.

Beim Blick auf die Bedingungen für die Pflege spielt außerdem die Entlohnung eine wichtige Rolle. Die schlechte Dotierung von pflegenden Tätigkeiten gehört zu den Gründen für die bestehende Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gute Qualifikation und gerechte Bezahlung sind wichtige Aspekte, um Entgeltgleichheit zu erreichen.

Der KDFB fordert daher:

- ▶ eine größere gesellschaftliche Anerkennung der Pflege und Verbesserung des Ansehens des Berufsbildes der Altenpflegekraft;
- ▶ eine höhere Entlohnung der Altenpflegekräfte; stärkere Berücksichtigung der von den Pflegekräften getragenen Verantwortung für pflegebedürftige Menschen einschließlich der körperlichen und psychischen Belastungen bei der Bewertung der Arbeitsleistung, die den Tarifverträgen zugrunde liegt;

- ▶ die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlastung der Altenpflegekräfte:
 - durch Heranziehung hauswirtschaftlicher Fachkräfte, Servicekräfte und AlltagsbetreuerInnen für Versorgungs- und Betreuungsleistungen sowie zur Alltagsgestaltung;
 - durch Entwicklung neuer Hilfeformen und Berufsfelder sowie Einbeziehung zusätzlicher Professionen zur Betreuung und Versorgung der an Demenz erkrankten Menschen;
- ▶ die Anhebung des Ausbildungsniveaus durch ein gestuftes Ausbildungsmodell, das auch die schrittweise Akademisierung der Pflegeausbildung für Führungsaufgaben vorsieht, sowie den Ausbau der Pflegewissenschaft;
- ▶ die Schaffung von Anreizen, um für eine geschlechtersensible Pflege vermehrt auch Männer für den stark weiblich geprägten Beruf der Altenpflegekraft zu gewinnen;
- ▶ die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen qualitätsgesicherten, legalen Einsatz ausländischer Pflegekräfte in deutschen Haushalten;
- ▶ Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsangebote, um Personen nach der Familienphase oder BerufswechslerInnen für die Altenpflege zu gewinnen - dazu gehört auch die Umsetzung der Teilzeitausbildung;
- ▶ die Einführung verbesserter Altersteilzeitmodelle, die den besonderen Belastungen der Pflege Rechnung tragen.

Der KDFB ist sich bewusst, dass in Deutschland der größte Teil der Pflege unentgeltlich im häuslichen Bereich und ehrenamtlich geleistet wird. Daher fordert er für diese Leistung mehr Anerkennung und Wertschätzung durch Gesellschaft und Politik.

Zugleich will er seine Mitglieder anregen und ermuntern, offen über die eigene Lebensgestaltung im Alter nachzudenken.